

Bergisch Gladbach, 2.5.2025

Frau Oberbürgermeisterin

Henriette Reker

Historisches Rathaus

**50667 Köln-Innenstadt**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

am 17.5.25 soll die AfD in dem Berufskolleg Erich Gutenberg eine Parteiveranstaltung abhalten dürfen.

Ich bin zutiefst erschüttert darüber, dass eine städtische Schule einer Partei Raum geben soll, die vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wurde (2.5.25).

Schulen sind als Institutionen der freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichtet und müssen sie als Grundlage ihres Dienstes schützen und wahren. Durch die Einstufung der AfD als gesichert rechtsextrem ist nun bestätigt, dass diese Partei gegen diese Grundordnung agiert.

In einer Schule kann demnach unter keinen Umständen ein Parteitag dieser Partei stattfinden.

Ich verweise hier auch noch einmal auf den Leitfaden der Stadt Köln zur Vergabe öffentlicher Räume:

*Im rechtlichen Sinne liegt dem Begriff des Extremismus ein Verständnis zugrunde, das von Bestrebungen ausgeht, die auf die Abschaffung der freiheitlich demokratischen Grundordnung gerichtet sind <https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf30/leitfaden-zum-umgang-mit-der-anmietung-von-oeffentlichen-raeumen.pdf>*

Ich fordere Sie von Herzen auf, sich als Oberbürgermeisterin einer weltoffenen Stadt wie Köln besonders stark für die Verteidigung der Demokratie einzusetzen, sodass dieser Parteitag nicht in öffentlichen/städtischen Räumen stattfinden kann. Entziehen Sie einer rechtsextremen Partei den Boden! Und unterstützen Sie die Schulleitungen, die im Vorfeld der Kommunalwahlen ihre Schüler:innen mit Podiumsdiskussionen vorbereiten möchten, darin, dass sie nicht gezwungen werden, eine rechtsextreme Partei dazu einladen zu müssen. Ansonsten wird der demokratische Auftrag der Schulen ad absurdum geführt!

Mit freundlichen Grüßen

---

Mitglied Omas gegen Rechts Bergisch Gladbach